



I - Sport, Kultur, Touristik

Sachstand Renovierung Mühlenbergstadion

Gremium	Status	Datum	Beschlussqualität
Ausschuss für Sport, Freizeit und Kultur	Ö	14.11.2018	Kenntnisnahme

Mit Beschluss des Stadtrates vom 08.05.2018 wurde die Angelegenheit zur weiteren Bearbeitung und Betreuung an den zuständigen Bauausschuss übertragen, nachdem der Ausschuss für Sport, Freizeit und Kultur am 14.03.2018 Mittel in Höhe von 10.000 € für die Erstellung eines Gutachtens über den notwendigen Sanierungsaufwand freigegeben hatte.

Das Gutachten wurde in der Sitzung des Bauausschusses am 13.09.2018 unter TOP 2.9.1 beraten und der vorgesehene Sanierungsumfang festgelegt. Aufgrund dieser Festlegung wurden vom Bauausschuss unter TOP 1.4.4 Planungsmittel in Höhe von 43.000 € freigegeben.

Die Planungsleistungen wurden inzwischen ausgeschrieben. Die Vergabe soll noch in diesem Jahr erfolgen.

Auch für die Sanierung des Mühlenbergstadions wurde beim Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumplanung eine Projektskizze für das Förderprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ eingereicht. Eine Entscheidung liegt der Verwaltung noch nicht vor.

Mit Pressemitteilung vom 30.10.2018 (siehe Anlage) hat die Landesregierung ein Förderprogramm zur Modernisierung und Sanierung von Sportstätten angekündigt. Zum Zeitpunkt der Vorlagenerstellung lagen die Förderrichtlinien zu diesem Programm noch nicht vor. Ggf. wird in der Sitzung mündlich ergänzend hierzu berichtet.

Damit dürfte sich die regelmäßige Nachfrage in der Staatskanzlei (siehe Beschluss des Rates vom 09.10.2018, TOP 1.7.1, auf Antrag von Herrn Klett) erledigt haben. Im Zuge der mündlichen Begründung seines Antrags nannte Herr Klett in der Ratssitzung ein Bundesprogramm „Urban Lab“. Bei dem Programm "Green Urban Labs" handelt es sich nicht um ein Förder-, sondern um ein Forschungsprogramm, das mit wissenschaftlicher Begleitung in 12 Modellstädten das Thema „Gebäudebegrünung“ untersucht. Insofern ist es bezüglich des Mühlenbergstadions nicht relevant.

Anlagen:

Pressemitteilung der Staatskanzlei vom 30.10.2018